

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 44.

Paderborn, 12. April

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postauschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Schreiben der Deputation der Deutschen Nat.-Versamml. an das Pr. Staatsm. und Antwort desselben.
Deutschland. Berlin (Mordversuch; die französische Revolutionspartei hat sich mit der deutschen in Verbindung gesetzt; die Note des russischen Kaisers; die Prinzessin von Preußen); Frankfurt (der Antr. v. Raveaur; die Erklärung der Deputation; Hr. Camphausen nach Berlin beschieden; die Oberpostamts-Zeitung); Minden (der Landrath v. Korff); Hannover (Telegraph v. Köln nach Berlin); Hamburg (Gerücht von einer Landung der Dänen); Flensburg (Zübel über den Gernsförder Sieg; dän. Truppen in Hadersleben); Wien (die Presse confiscirt; die Bücherrevision; die Nationalgarde; Besetzung Kronstadts durch Dem; die Bücherrevision wieder eingeführt; Protest der Buchhändler.)
Frankreich. Paris (Nachrichten aus Piemont; Gioberti.)
Italien (Der Aufstand in Genua; Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Neapel und Sicilien; die Einnahme Vercelli's.)
Nordamerika (Der Senat; Nachrichten aus Californien.)

Berlin, den 5. April.

Wir theilen unsern Lesern zwei Schriftstücke von großer Wichtigkeit mit: das Schreiben der Deputation der Deutschen Nationalversammlung an das Preussische Staatsministerium und die Antwort des letzteren.

I. Einem Königlichem Staatsministerium beehren wir uns die nachstehende Erklärung ganz ergebenst mitzutheilen.

Die verfassungsgebende Deutsche Reichsversammlung hatte die unterzeichnete Deputation beauftragt, Se. Majestät den König zu der Annahme der in der Deutschen Reichsverfassung begründeten, auf Se. Majestät übertragenen, erblichen Kaiserwürde ehrfurchtsvoll einzuladen. Se. Majestät der König hat nach den in der Audienz vom gestrigen Tage der Deputation gemachten Eröffnungen dieser ehrfurchtsvollen Einladung keine Folge geben zu dürfen geglaubt, und sich bewogen gefunden, diese Seine Entschliessung durch die inzwischen auch zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Gründe näher zu motiviren. Die Deutsche Reichsversammlung hatte am 29. v. M. zu der Vollziehung eines Theiles der Verfassung, der Wahl des Reichsoberhauptes, nicht anders als nach Verkündigung der ganzen von ihr beschlossenen Reichsverfassung schreiten können; die Uebertragung der erst in der Verfassung begründeten erblichen Kaiserwürde auf einen der regierenden Deutschen Fürsten setzte das zu Recht Bestehen der Verfassung an sich voraus. Die Erklärung Sr. Majestät des Königs steht dagegen die gedachte Verfassung in keiner Weise als ein bereits geschlossenes, auch nur für einen größeren oder kleineren Theil von Deutschland bereits verbindliches Ganze an. Sie bezeichnet nicht einmal gleich der am 2. April von dem Herrn Ministerpräsidenten den hiesigen Kamern gemachten Eröffnung die Verfassung als für die Deutschen Staaten gültig und verbindlich, deren Regierungen derselben von freien Stücken zustimmen möchten. Sie erkennt den einzelnen Regierungen nicht bloß, wie jene Eröffnung, das Recht zu, die Verfassung als ein Ganzes anzunehmen und dadurch dem neuen Bundesstaat beizutreten, oder abzulehnen und sich dadurch von dem Bundesstaate auszuschließen.

Indem die Erklärung Sr. Majestät sich über diesen Punkt vielmehr folgender Gestalt ausspricht, — „an den Regierungen der einzelnen Deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Mir zugebachten Rechte Mir in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Verus es von Mir fordert, die Geschicke des großen Deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen“ — macht sie aus der von der Deutschen Reichsversammlung verkündigten Verfassung einen, der gemeinsamen Berathung der Deutschen Regierungen, also auch deren Beschlußfassung (durch Majoritäten oder Unanimität) zu unterstellenden Entwurf. Es ist nicht die Aufgabe der Deputation, die Richtigkeit der von dieser Auffassung so durchaus verschiedenen der Reichs-

Versammlung in allen ihren Fraktionen, aus staatsrechtlichen oder anderen Gründen zu vertreten. Aber dem Mißverständniß, welches der Deputation in Betreff der königlichen Erklärung in überraschender Weise mehrfach entgegengetreten ist, als ob mit der in derselben enthaltenen Anschauung des in Frankfurt beschlossenen Verfassungs-Werkes eine Annahme oder auch eine Nichtablehnung der Seitens der Reichs-Versammlung an Se. Majestät gerichteten Einladung irgendwie zu vereinigen wäre, — diesem Mißverständniß hat sie sich zur Vermeidung fernerer Irrungen ohne Aufschub und vor ihrer Rückkehr nach Frankfurt entgegenzutreten für verpflichtet gehalten. Die Einladung auf Grundlage der Reichs-Verfassung die auf Ihn gefallene Wahl anzunehmen, mußte in dem Augenblick als von dem Könige abgelehnt angesehen werden, in welchem Se. Majestät Ihre Willensmeinung dahin zu erkennen gaben, daß die von der verfassungsgebenden Reichs-Versammlung in zweimaliger Lesung beschlossene Verfassung überall noch keine rechtliche Existenz und Verbindlichkeit habe, einer solchen vielmehr erst durch gemeinsame Beschlußnahme der Deutschen Regierungen theilhaftig werden könne. Unter dieser Voraussetzung wäre die Verfassung zwar wohl die Grundlage fernerer Berathungen der Regierungen, aber unmöglich die der gesetzlichen Gewalt eines Reichs-Oberhauptes abzugeben im Stande.

Berlin, 4. April 1849.

Die Deputation u.

II. Das von der Deputation der National-Versammlung an uns gerichtete sehr geehrte Schreiben vom gestrigen Tage haben wir erhalten. Die Deputation wird, wie wir nicht zweifeln, mit uns die Ansicht theilen, daß wir uns nicht in der Lage befinden, über den Inhalt dieses Schreibens mit Wohlverstand in nähere Verhandlung zu treten, vielmehr diejenigen Beschlüsse abzuwarten haben, zu denen sich die Deutsche National-Versammlung in Folge der der Deputation derselben von Sr. Maj. dem Könige erteilten Antwort etwa bewegen finden möchte.

Schließlich benutzen wir gern die Gelegenheit, der Deputation hierbei Abschrift des an die diesseitigen diplomatischen Agenten bei den Deutschen Regierungen in Verfolg jener Antwort Se. Maj. gerichteten Erlasses ganz ergebenst mitzutheilen.

Berlin, den 5. April 1849.

(Folgen die Unterschriften der Minister.)

Deutschland.

C Berlin, 8. April. Am Mittwoch wurde auf den Redacteur der Neuen Preussischen Zeitung, Assessor Wagner, durch den im vorigen Herbst mehrfach bekannten Demokraten, Erleutnant v. Mauschwitz, in seiner eigenen Wohnung ein Mordanschlag gemacht. Zum Glück traf der mit einer Eisenkeule gethane Schlag nur unvollständig und es gelang der Geistesgegenwart des Verwundeten, so lange den Mörder an den Gebrauch seiner andern Waffen zu hindern, bis derselbe durch das auf den Hüften herbeieilende Redaktionspersonal festgenommen und zur Haft gebracht werden konnte. Obgleich der Verwundete glücklicherweise außer aller Gefahr ist, so liegt doch der überlegte Mordversuch vor. Charakteristisch für die Linke ist, daß an demselben Abend der Geh. Ober-Trib.-Rath Waldeck die Aeußerung that: man müsse jetzt Alles aufbieten, den wackern Mauschwitz durchzuhelfen. — Am Donnerstag Mittag ist die frankfurter Deputation von hier wieder abgereist. Mehrere Mitglieder unserer Linken begeben sich gleichfalls nach Frankfurt, da von dort die Nachricht eingegangen, daß man von dort aus den Versuch machen wollte, sich in Permanenz zu erklären.

— Die französische Revolutions-Partei hat sich mit der deutschen, als deren Haupt in Preußen der demokratische Centralausschuß noch immer auftritt, in Verbindung gesetzt. — Im Laufe der vergangenen Woche sind hier durch die Thätigkeit der Polizei in verschiedenen Lo-